

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

Galway und Rijeka sind Europas Kulturhauptstädte 2020	2
Antrittsbesuch von Sebastian Kurz in Brüssel	4

Neues aus den Institutionen

Europäische Kommission

- Europäischen Union und Belarus unterzeichnen Abkommen über Visaerleichterungen und Rückübernahmeabkommen 5
- Stärkere Verbraucherrechte treten in Kraft 6

Europäisches Parlament

- Neuer Leiter des Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments in Österreich 7
- Verhandlungen über neue EU-Kollektivrechtsschutzbestimmungen beginnen im Parlament 8

Europäischer Rat

- Kroatien übernimmt EU-Ratspräsidentschaft 9

Sonstiges

- Vorschau auf 2020: Eine Reihe neuer Gesetzesvorschläge in der EU 10
- Sauberere Luft: Schwefelgrenzwert für Schiffskraftstoffe sinkt 2020 weltweit auf 0,5% 11
- Jubiläumsjahr 2020: 25 Jahre Österreich in der EU 12

Laufende Konsultationen	13
Tagesordnungen der Institutionen	14
Impressum	14

Gemeinsame Vertretung der
Europaregion Tirol-Südtirol-
Trentino bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45-47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu



Thema der Woche

Galway und Rijeka sind Europas Kulturhauptstädte 2020

Für das Jahr 2020 wurden die beiden Küstenstädte – Galway am Atlantik und Rijeka an der Adria gelegen – zu den Kulturhauptstädten Europas erwählt. Neben der irischen Stadt bekam erstmals ein Vertreter Kroatiens den begehrten Titel zugesprochen. Im Jahr 2024 wird mit Bad Ischl auch eine österreichische Stadt als Kulturhauptstadt Europas die Union repräsentieren.



Galway und Rijeka sind Europas Kulturhauptstädte 2020

Die Initiative „Kulturhauptstädte Europas“, die seit 1985 jährlich an mehrere Städte vergeben wird, hebt nicht nur den Reichtum und die Vielfalt der Kulturen in Europa hervor und würdigt kulturelle Eigenschaften, die den Europäern gemein sind, sondern unterstützt darüber hinaus die erwählten Städte dabei, ihr internationales Profil zu stärken. Aus dem Titel „Kulturhauptstadt Europas“ profitieren die Städte und deren Umgebung langfristig sowohl in kultureller, als auch gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Hinsicht. Durch die Initiative sollen die Menschen Europas zusammengebracht und die Werte, auf denen die Europäische Union beruht, unterstrichen werden: Vielfalt, Respekt, Toleranz und Offenheit.

Mit Galway wurde 2020 die größte Stadt der im Westen Irlands gelegenen Provinz Connacht zur Kulturhauptstadt erkoren und reiht sich nach Dublin 1991 und Cork 2005 als dritte Stadt Irlands in die Liste ein. Das kulturelle Programm „Galway 2020“ baut auf vier großen keltischen Festen – Imbolc, Beltane, Lughnasadh und Samhain – auf. Das Motto lautet „Let the Magic In“ (Lass die Magie hinein). Schwerpunkte stellen neben dem Thema Migration, auch Landschaft und Sprache dar. Vom Wetter will sich die Universitätsstadt nicht beirren lassen, denn das häufige Regenwetter – bis zu 240 Regentage im Jahr werden in Galway gezählt – soll im Zuge des Programmes „Hope it rains“ (Hoffen es regnet) als Quelle der Kreativität genutzt werden.



Thema der Woche

Zudem widmet sich ein Teil des Programmes der Weltliteratur: Unter anderem werden die Geschichte von Gilgamesch - des ältesten erhaltenen literarischen Epos der Welt – und Homers Odyssee an den Stränden Galways in dramatischer Interpretation gelesen.

Neben Galway wird dieses Jahr auch die Hafenstadt Rijeka als erste Stadt Kroatiens mit dem Titel Kulturhauptstadt Europas ausgezeichnet. Die drittgrößte Stadt Kroatiens ist vor allem für ihre Künstler- und Festivalszene bekannt. Veranstaltungen wie das LTGB-Festival "Smoqua" unterstreichen den offenen, toleranten und multikulturellen Charakter der Stadt. Dahingehend werden unter dem Motto „Port of Diversity“ (Hafen der Vielfalt) die Themen Wasser, Arbeit und Migration Schwerpunkt des Programmes „Rijeka 2020“ sein. Höhepunkte stellen neben der Eröffnungsausstellung des berühmten Künstlers David Maljković, die Ausstellung „The Sea is

Glowing“, das Weltmusik- und Gastronomie-Festival „Porto Etno“ und neue permanente Installationen zeitgenössischer Kunst an der Küste dar.

Auch Österreich wird zukünftig erneut eine Kulturhauptstadt Europas stellen. Nach Graz 2003 und Linz 2009 wird die im oberösterreichischem Salzkammergut gelegene Kaiserstadt Bad Ischl 2024 den begehrten Titel tragen. Neben kulturellen Angeboten plant die Stadt auch Herausforderungen für die Regionalpolitik der Zukunft aufzunehmen und Themen wie umweltverträgliche Mobilität, eine kritische Betrachtung des vorherrschenden Tourismus-Modells, Überlegungen zur Baukultur und Stärkung des Kultursektors in das Programm mitaufzunehmen.

Mehr Informationen zu den Programmen der Kulturhauptstädten finden Sie unter [Galway 2020](#), [Rijeka 2020](#), sowie [Bad Ischl 2024](#).



Thema der Woche

Antrittsbesuch von Sebastian Kurz in Brüssel

Am Sonntag den 12. Jänner 2020 absolvierte Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) seinen Antrittsbesuch in Brüssel. Im Treffen mit der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und EU-Brexit-Chefverhandler Michel Barnier wurden Themen wie Kampf gegen den Klimawandel, Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der EU und eine konsequente Linie bei der Migrationspolitik erörtert.

Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz lobte die EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen die ambitionierten Ziele der neuen österreichischen Bundesregierung bis 2040 Klimaneutralität zu erreichen. Darüber hinaus hob sie die Möglichkeiten einer neuen grünen Wachstumsstrategie für Europa hervor und bekräftigte, die internationale Vorreiterrolle der Europäischen Union im Bereich sauberer Technologie stärken zu wollen. Einigkeit bestand auch im Schutz der Europäischen Außengrenzen und im Kampf gegen illegale Migration in die EU. In diesen Themenbereichen soll Österreich zukünftig eine Mittlerrolle zwischen Brüssel und den osteuropäischen Mitgliedsstaaten einnehmen. Diese Brückenfunktion soll der Bundeskanzler bereits kommenden Donnerstag bei

einem Treffen der „Visegrad“-Staaten in Prag erfüllen. Kurz dazu: "Österreich muss als Land im Herzen der EU als Vermittler eine Brückenfunktion einnehmen. 30 Jahre nach dem Abbau des Eisernen Vorhangs werden die damaligen Ereignisse zwar gewürdigt, nun ist es aber wichtig, die neu entstandenen Gräben zu reduzieren." Bezüglich des Brexits gratulierte der österreichische Regierungschef allen Beteiligten zur gefundenen Lösung. So sei er zwar kein Freund des Brexits, trete aber für eine geordneten und zeitnahen Austritt ein.

Im Folgenden finden Sie die [Erklärung von Präsidentin von der Leyen](#) und einen [Bericht des Bundeskanzleramts](#).



EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im Gespräch mit Österreichs Bundeskanzler Sebastian Kurz



Europäische Kommission

Europäischen Union und Belarus unterzeichnen Abkommen über Visaerleichterungen und Rückübernahmeabkommen

Am 8. Jänner 2020 unterzeichnete die Europäische Union und Belarus (Weißrussland) ein Abkommen zu Visaerleichterungen, sowie ein Rückübernahmeabkommen. Dies stellt nicht nur einen wichtigen Schritt in den Beziehungen zwischen der EU und Belarus dar, sondern ebnet zudem den Weg für eine verbesserte Mobilität der BürgerInnen.

Unterzeichnet wurde der Vertrag in Brüssel auf Seiten der EU von der Kommissarin für Inneres Ylva Johansson gemeinsam mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten und Innenminister Kroatiens Davor Božinović und auf Seiten Belarus durch Außenminister Vladimir Makei. Durch die neu beschlossenen Visaerleichterungen wird es StaatsbürgerInnen Belarus zukünftig erleichtert, kurzfristige Visa für die Einreise in die Europäische Union zu erwerben. Visagebühren werden zudem auf 35 Euro gesenkt, Servicegebühren begrenzt und die Frist für die Entscheidung der Konsulate über einen Visumantrag verkürzt. Für EU-Bürger wiederum werden kurzfristige Reisen ohne Visum erleichtert. Im Zuge des Rückübernahmeabkommens soll eine sichere und ordnungsgemäße Rückführung von Personen, die sich irregulär in der EU oder in Belarus aufhalten, gewährleistet werden. Beide Abkommen reihen sich in eine längere Liste von Verträgen ein, die die EU seit 2006 bezüglich Visaerleichterungen und Rückübernahmeabkommen bereits mit anderen Ländern wie Albanien, Serbien, Russland und der Ukraine abschloss.

Nach der formellen Unterzeichnung der Abkommen zwischen der Europäischen Union und Belarus am 8. Jänner werden die Vereinbarungen dem Europäischen Parlament zur Zustimmung vorgelegt. Anschließend kann der Rat die Ratifizierung beider Abkommen förmlich abschließen. Auch auf belarussischer Seite muss die Nationalversammlung ein Ratifizierungsverfahren vornehmen. Frühestens im Juni 2020 können beide Abkommen in Kraft treten. Damit geht ein Verhandlungsprozess zu Ende, der bereits 2014 offiziell begann. Die bilaterale Zusammenarbeit zwischen der EU und Belarus soll auch zukünftig fortgesetzt und intensiviert werden. Von grundlegender Bedeutung für die weitere Gestaltung der Politik der EU gegenüber Belarus werden vor allem die konkreten Schritte zur Achtung der Grundfreiheiten, der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte sein.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



Europäische Kommission

Stärkere Verbraucherrechte treten in Kraft

Künftig sollen Verbraucher durch mehr Transparenz und wirksamere Sanktionsmöglichkeiten bei Täuschungen besser geschützt werden. Am 7. Jänner 2020 traten dazu neue Regelungen für den Verbraucherschutz in Kraft, die im Zuge der „Neugestaltung der Rahmenbedingungen für die Verbraucher“ im April 2018 von der europäischen Kommission vorgeschlagen wurden.

Durch die Vorschrift wurde die Möglichkeit geschaffen, Unternehmen bei schwerwiegenden Verstößen hohe Bußgelder von mindestens 4 Prozent des Jahresumsatzes aufzuerlegen. Dadurch sende man eine deutliche Warnung an alle Händler und habe eine wirksame und abschreckende Sanktionsmöglichkeit erstellt, meint EU-Justizkommissar Didier Reynders. Darüber hinaus zielt die neue Regelung auf die Bekämpfung eines Doppelstandards bei der Qualität von Konsumgütern sowie der Stärkung von verbraucherrechten im Internet ab. So soll zukünftig verhindert werden, dass

sich klar voneinander unterscheidende Produkte in unterschiedlichen EU-Mitgliedsstaaten als identisch verkauft werden. Darüber hinaus soll mehr Transparenz in Online-Marktplätzen geschaffen werden. Ebenfalls wird verhindert, dass Verkäufer verfälschte Preisnachlässe bewerben. Preisvergleich-Websites müssen zudem zukünftig Verbraucher über die angewendeten Ranking-Kriterien informieren. Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union haben nun zwei Jahre Zeit, die Richtlinien in nationales Recht umzusetzen.



Europäisches Parlament

Neuer Leiter des Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments in Österreich

Frank Piplat (58) leitet ab Jänner 2020 das Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments in Österreich.

Frank Piplat trat seinen Dienst am 6. Jänner an. Zuvor leitete er zehn Jahre lang das EP-Verbindungsbüro in Deutschland. Piplat setzte z.B. die Informationskampagne zur Europawahl 2019 um, mit der besonders viele junge Leute und ErstwählerInnen erreicht wurden. Piplat absolvierte ein Studium der Geographie, Anglistik und Philosophie an den Universitäten Bonn und Dublin, das er mit dem Staatsexamen abschloss. Erste berufliche Erfahrungen machte er als Pressereferent an der Vertretungen der Europäischen Kommission in Bonn und Berlin, sowie bei der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Genf. Für das Europäische Parlament war er in den Verbindungsbüros in Bonn und München tätig. In Brüssel arbeitete er sowohl im Sekretariat des Ausschusses für Wirtschaft und Währung als auch als Leiter des Besucherdienstes.

Frank Piplat folgt mit seiner neuen Aufgabe in Wien auf Georg Pfeifer, welcher jahrelang das österreichische EP-Verbindungsbüro geleitet hat.



Der neue Leiter des Verbindungsbüros Frank Piplat

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



Europäisches Parlament

Verhandlungen über neue EU-Kollektivrechtsschutzbestimmungen beginnen im Parlament

Der Rechtsausschuss bestätigte die Verhandlungsposition des Parlaments zu einem neuen Gesetzesentwurf zur Einführung EU-weiter Vorschriften für kollektive Rechtsmittel.

Dies bedeutet, dass die Europaabgeordneten in Kürze mit dem Rat, der dem Vorhaben grundsätzlich grünes Licht gab, über die endgültige Form der Gesetzgebung verhandeln können. Der Regelungsentwurf ermöglicht es den Verbraucherorganisationen ein hohes Schutzniveau durchzusetzen und das kollektive Interesse der Verbraucher zu vertreten. Kollektive Maßnahmen gegen Rechtsverstöße von Händlern in nationalen und grenzüberschreitenden Fällen in Bereichen wie Datenschutz, Finanzdienstleistungen, Reisen und Tourismus, Energie, Telekommunikation, Umwelt und Gesundheit wären zulässig.

Mit dem von den Abgeordneten gebilligten Text wird auch das Prinzip des "Verlierergeldes" eingeführt, das sicherstellt, dass die unterlegene Partei die Rechtskosten der siegreichen Partei erstattet, um einen missbräuchlichen Einsatz des neuen Instruments zu vermeiden. Die vorgeschlagene Gesetzgebung spiegelt Bedenken wider, die durch Massenschadenskandale mit grenzüberschreitenden Auswirkungen hervorgerufen wurden, z.B. Dieselgate und Ryanair.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



Europäischer Rat

Kroatien übernimmt EU-Ratspräsidentschaft

Für die erste Jahreshälfte 2020 übernimmt erstmals Kroatien die EU-Ratspräsidentschaft. Unter dem Motto „A strong Europe in a world of challenges“ (Ein starkes Europa in einer Welt voller Herausforderungen) löste das jüngste Mitglied der Europäischen Union am 1. Jänner den Vorgänger Finnland ab. In den kommenden sechs Monaten soll der Fokus auf Themen wie nachhaltige Entwicklung, vernetzte Wirtschaft und Sicherheit, sowie die globale Führungsrolle Europas gelegt werden.

Basierend auf den nationalen Prioritäten Kroatiens im Einklang mit die strategische Agenda der EU für 2019-2024, wurde ein sechsmonatiges Präsidentschaftsprogramm auf vier Säulen aufgebaut:

- Ein Europa, das entwickelt
- Ein Europa, das verbindet
- Ein Europa, das schützt
- Ein Europa, das Einfluss übt

Gerade in einer Zeit großer Veränderungen in der Europäischen Union durch die neue Zusammensetzung der Europäischen Parlaments, dem Beginn des neuen institutionellen und legislativen Zyklus, sowie dem bevorstehenden

Ausscheiden des vereinigten Königreichs aus der Union möchte Kroatien den Dialog innerhalb der EU verbessern. Darüber hinaus sollen die Verhandlung über den mehrjährigen Finanzrahmen von 2021 bis 2027 finalisiert werden, um unter anderem Programme wie den European Green Deal umzusetzen. Für Kroatien bestehe zudem die einzigartige Möglichkeit, sich auf politischer, wirtschaftlicher und diplomatischer Ebene in der EU zu positionieren, meint das EU-Parlamentsmitglied Karlo Ressler (EVP).

Nähere Informationen finden Sie auf der [offiziellen Website der kroatischen Ratspräsidentschaft](#).



Sonstiges

Vorschau auf 2020: Eine Reihe neuer Gesetzesvorschläge in der EU

Im Jahr 2020 sollen einige neue Gesetzesentwürfe die EU-Gremien passieren. Im Folgenden eine kurze Auflistung:

Klimanotstand: Nach der Erklärung des Klimanotstandes im Europäischen Parlament arbeitet die EU-Kommission an einem „Green Deal“, der zur Klimaneutralität 2050 führen soll. Geplant sind Gesetzesvorschläge zu nachhaltigen Lebensmitteln und langlebigeren Produkten, sowie zum Einsatz von Pestiziden. Darüber hinaus werden die Biodiversitätsstrategie für 2030 und Pläne zur Verringerung schädlicher Emissionen des Luft- und Schiffsverkehrs ausarbeitet.

Langfristiger EU-Haushalt: 2020 werden die Verhandlungen über den EU-Haushalt 2021-2027 fortgesetzt. Kernpunkte sind die Bekämpfung des Klimawandels, die Förderungen von Innovationen und der Schutz der EU-Außengrenze.

Digitale Dienste: Neben einem Vorschlag für einen Rechtsakt über digitale Dienste („Digital Service Act“), plant die Europäische Kommission einen Gesetzesvorschlag zur Förderung und Regelung von Künstlicher Intelligenz. Daneben beschäftigt sich das Parlament mit Rechtsvorschriften, um Personen vor Diskriminierung durch Algorithmen zu schützen.

Bankenunion: Ausgehend vom Europäischen Parlament werden 2020 Vorschläge zur Vollendung der Bankenunion durch die Schaffung eines Einlageversicherungssystems sowie Backup-Maßnahmen für zahlungsunfähige Banken erarbeitet.

Handelsabkommen: 2020 wird im Parlament über ein Handels- und Investitionsabkommen mit Vietnam abgestimmt, im Zuge dessen 99 Prozent der Zölle aufgehoben werden. Zudem sind Abkommen mit Australien, Neuseeland, Chile, Indonesien, den Philippinen, Marokko und Tunesien sowie ein Investitionsabkommen mit China in Arbeit.

Gesundheit: Gleich zu Jahresbeginn wird von der Europäischen Kommission ein Aktionsplan gegen Krebs vorgelegt.

Fahrgastrechte: Rechte von Flug- und Bahnreisenden, insbesondere von Menschen mit Behinderungen oder eingeschränkter Mobilität, sollen gestärkt werden.

EU-Erweiterung: Gespräche mit potentiellen Beitrittskandidaten zur Europäischen Union werden 2020 fortgesetzt. Das Parlament tritt für die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien ein. Befasst wird sich darüber hinaus mit der Aussichten der westlichen Balkanländer auf einen EU-Beitritt.

Brexit: Nach derzeitigen Stand verlässt das vereinte Königreich am 31. Jänner 2020 die Europäische Union. Ein früherer Austritt ist möglich, wenn sowohl das Europäische Parlament als auch das Vereinigte Königreich einem solchen zustimmen. Nach der Unterzeichnung eines Austrittsabkommen müsste ein Abkommen über künftige Beziehungen ausverhandelt werden, welches Handelsfragen



Sonstiges

welches Handelsfragen sowie die Zusammenarbeit bei der Verteidigung, dem Umweltschutz und der Terrorismusbekämpfung beinhaltet.

Sicherheit: Zwischen Europäischem Parlament und Rat werden derzeit Vorschläge verhandelt, um gegen die Verbreitung terroristischer Inhalte im Internet vorzugehen. Des Weiteren beschäftigen sich die Gremien mit vorübergehenden Grenzkontrollen im Schengen-Raum und Stärkung der EU-Außengrenze.

Schuman-Erklärung: Im Jahr 2020 feiert die EU den 70. Jahrestag der Schuman-Erklärung. Am 9. Mai 1950 hatte der französische Außenminister Robert Schuman in einer Rede die Schaffung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), dem Grundstein der Europäischen Union, vorgeschlagen.

Mehr Informationen finden sie [hier](#).

Sauberere Luft: Schwefelgrenzwert für Schiffskraftstoffe sinkt 2020 weltweit auf 0,5%

Ab dem 1. Januar 2020 darf der Schwefelgehalt von Schiffskraftstoffen weltweit nicht mehr 3,5%, sondern nur noch höchstens 0,5 % betragen. Schwefeloxid-Emissionen (SOx) aus Verbrennungsmotoren von Schiffen führen zu saurem Regen und Feinstaub, was Atemwegs- und Herz-Kreislauf-Erkrankungen fördern und die Lebenserwartung verringern kann.

Im Rahmen der sogenannten „Schwefel-Richtlinie“ hat die EU seit 2012 entschlossen darauf hingewirkt, den Schwefelgehalt von Schiffskraftstoffen zu senken. 2016 bestätigte die Internationale Seeschiffahrtsorganisation (IMO), dass der neue weltweite Schwefelgrenzwert von 0,5 % im Jahr 2020 in Kraft tritt. Zudem wurde der höchstzulässige Schwefelgehalt für einige sehr empfindliche Ökosysteme wie die Ostsee und die Nordsee – sogenannte SOx-Emissions-Überwachungsgebiete (SECAs) – schon 2015 auf 0,1% gesenkt. Durch diese

strengeren Schwefelgrenzwerte konnten die Schwefeldioxid-Konzentrationen in den Regionen rund um die Überwachungsgebiete um mehr als die Hälfte verringert werden. Dies hat den Gesundheitsschutz in den Küstenregionen und Häfen verbessert und war für die Branche insgesamt nur mit minimalen wirtschaftlichen Auswirkungen verbunden.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



Sonstiges

Jubiläumsjahr 2020: 25 Jahre Österreich in der EU

Am 1. Jänner 1995 ist Österreich offiziell der EU beigetreten. 25 Jahre ist dies nun her und viel hat sich verändert. Als Österreich, zusammen mit Schweden und Finnland beiträt, bestand die EU aus 15 Mitgliedsstaaten. Heute zählen wir 28 (bald wieder 27) und die Union ist politisch und wirtschaftlich verbobener denn je.

Bereits im Jahre 1989 wurde der Beitrittsantrag von der damaligen österreichischen Regierung nach Brüssel versendet. Nach intensiven Beitrittsverhandlungen sowie einer Volksabstimmung, in welcher 66,6% der BürgerInnen sich für den Beitritt aussprachen, wurde der Beitritt dann per 1. Jänner 1995 Wirklichkeit. Während die Anfangseuphorie zwar etwas abnahm, scheint aber eine Mehrheit der ÖsterreicherInnen nach wie vor zufrieden mit ihrer Entscheidung zu sein, denn eine Mehrheit gegen eine Mitgliedschaft bzw. einen „Öxit“ gab es seit Beitritt nie.

Österreich konnte seither stark vom Beitritt profitieren. Laut WIFO können sich die ÖsterreicherInnen dank der EU 16% mehr leisten. Die Exporte Österreichs wuchsen stetig an und gleichzeitig wurden die Importe billiger, da es innerhalb der EU keine Zölle und andere Handelshemmnisse gibt. Das hat dazu geführt, dass das Preisniveau heute um 2,4% niedriger ist, als es ohne EU-Beitritt wäre. Die Beschäftigung in Österreich wäre ohne den Beitritt heute um rund 13% geringer – es gäbe also mehr als eine halbe Million Jobs weniger. Besonders profitiert hat

Österreich durch die Osterweiterung. Heimische Unternehmen haben hier früh Chancen erkannt und diese auch genutzt. Deshalb empfiehlt das WIFO der österreichischen Regierung auch, sich für Erweiterungen am Westbalkan einzusetzen, da auch hier enormes Potenzial schlummert.

Während auch in Österreich vermehrt EU-Kritik umgeht, sollte man die enormen, vor allem wirtschaftlichen und wohlstandsbringenden Vorteile nie vergessen. Rund 70% des österreichischen Außenhandels wird innerhalb des EU-Binnenmarktes abgewickelt, die Exporte in die 27 anderen EU-Mitgliedstaaten haben sich von 33 Mrd. € im Jahr 1995 auf 105 Mrd. € im Jahr 2018 mehr als verdreifacht. Ausländische Unternehmen investierten in Österreich seit dem EU-Beitritt durchschnittlich fünfmal mehr als in den drei Jahren vor dem Beitritt. Der Bestand ausländischer Direktinvestitionen ist in diesen 25 Jahren auf das Elffache gestiegen.

Mehr Informationen finden Sie auf der [Website des Bundeskanzleramt](#), der [Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik](#) und im [ORF](#).



Laufende Konsultationen

Die Europäische Kommission bietet eine Reihe an Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. [Öffentliche Konsultationen](#) ermöglichen es Ihnen, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern. Die neuesten der laufenden Konsultationen finden Sie in der folgenden Liste.

[Finanzdienstleistungen - Verbesserung der Widerstandsfähigkeit gegen Cyberangriffe \(neue Regeln\)](#)

Bank- und Finanzdienstleistungen

19. Dezember 2019 - 19. März 2020

[Finanzdienstleistungen - EU-Rechtsrahmen für Kryptoaktiva](#)

Bank- und Finanzdienstleistung

19. Dezember 2019 - 19. März 2020

[Schädliche Chemikalien - endokrine Disruptoren, Überprüfung der EU-Vorschriften](#)

Umwelt, öffentliches Gesundheitswesen

16. Dezember 2019 - 9. März 2020

[Ursprungskennzeichnung für Fleisch - Bewertung](#)

Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

9. Dezember 2019 - 2. März 2020

[Unterstützung aus dem Europäischen Sozialfonds für allgemeine und berufliche Bildung - Bewertung](#)

Allgemeine und berufliche Bildung

18. November - 24. Februar 2020

[EU-Drogenstrategie 2013-2020 - Bewertung](#)

Inneres

12. November 2019 - 4. Februar 2020

[Kennzeichnung von Duftstoffallergenen](#)

Binnenmarkt

12. November 2019 - 4. Februar 2020

[Luftfahrt - Meldung sicherheitsrelevanter Vorfälle \(Bewertung der EU-Vorschriften\)](#)

Verkehr

7. November 2019 - 30. Jänner 2020

[EU-Wettbewerbsregeln für horizontale Vereinbarungen zwischen Unternehmen - Bewertung](#)

Wettbewerb

6. November 2019 - 12. Februar 2020

[EU-Lebensmittelqualitätsregelungen - Bewertung](#)

Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

4. November 2019 - 27. Jänner 2020

[EU-Schienengüterverkehrsnetz - Bewertung \(2010-19\)](#)

Verkehr

4. November 2019 - 3. Februar 2020



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen

Zu den laufenden Stellenausschreibungen in der EU gelangen Sie [hier](#).

EU-Bookshop

Interessante Veröffentlichungen aus der EU finden Sie [hier](#).

Impressum

Gemeinsame Vertretung der Europaregion Tirol -

Südtirol - Trentino bei der EU

Land Tirol

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu

Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Simon Lochmann

Sandra Gintsberger

Konrad Pölzl

Abbildungsverzeichnis

[European Capitals of Culture](#)

[Frank Piplat](#)

[Treffen von der Leyen/ Kurz](#)